Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

90 (22.2.1918) Abendblatt

Visual Library

Nr. 90 — Karlsruhe, Freitag, den 22. Februar 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld; für Österreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten. übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. halb 8 Uhr bzw. nachm. halb 3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Der Krieg zur See.

Die U-Boot-Meldung.

Berlin, 21. Febr. (W.T.B. Amtlich.) Der unermüdlichen Tätigkeit unserer U-Boote fielen an der englischen Westküste letzthin fünf Dampfer und zwei Segler zum Opfer, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Mexiko City" (5078 B.-R.-T.), der englische Dampfer „Sofie" und ein etwa 5000 B.-R.-T. großer Dampfer, scheinbar vom Einheitstyp.

Die beiden Segler waren Zweimastschoner, der eine englischer, der andere französischer Nationalität, letzterer namens „Mary Madelaine".

Eines der U-Boote hat außerdem zwei bewaffnete englische Frachtdampfer durch Artillerietreffer beschädigt.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Berlin, 21. Febr. (W.T.B.) Die Frage der beschädigten Schiffe nimmt neuerdings einen immer breiteren Raum in den Erörterungen der englischen Oeffentlichkeit ein. Auch im Unterhaus hat man sich kürzlich mit den beschädigten Schiffen beschäftigt und dabei festgestellt, daß im Monat 70 derartige Schiffe in England in Reparatur lagen, oder noch auf Platz vor einer der Schiffswerften warteten. Der Reeder Monston stellte am 17. Januar an die Regierung die Frage, ob ein bestimmter Dampfer, der so schwere Beschädigungen erlitt, daß seine Ausbesserung mindestens sechs Monate in Anspruch nehmen würde, in den Veröffentlichungen der Admiralität genannt sei. Mac Namara verneinte dies und erklärte, daß die von U-Booten oder Minen beschädigten Schiffe in keiner Liste enthalten seien. Monston führte daraufhin einen anderen Fall an, wonach ein Dampfer infolge seiner Beschädigungen sogar über 12 Monate außer Dienst gewesen sei.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

In Erwartung einer Offensive.

London, 22. Febr. (W.T.B.) Bei der Einbringung des Heeresetats im Unterhaus sagte Mac Pherson: Wir müssen auf eine baldige entschlossene feindliche Offensive vorbereitet sein. Alle Maßregeln, um ihr zu begegnen, sind getroffen.

Für die Amerikaner beunruhigende Berichte.

Berlin, 19. Febr. (W.T.B.) Nach einer verspätet hierher gelangten Meldung des Washingtoner Berichterstatters der Chiccago Daily Tribune erregten private Aeußerungen einzelner Mitglieder der nach Amerika zurückgekehrten Mission unter Oberst House größte Beunruhigung. Es wurde bekannt, daß der Kommissionsbericht über den U-Bootkrieg äußerst pessimistisch sei. Die Schiffsverluste sind danach weit größer als sich aus den offiziellen Bekanntmachungen ergibt und lassen es als ausgeschlossen erscheinen, daß die Vereinigten Staaten und England hinreichenden Ersatz schaffen können. Die Weigerung des Kriegsministers Baker, sich zur Sache zu äußern, wird dahin ausgelegt, daß auch er die Lage pessimistisch ansehe und nicht glaube, daß Amerika im Laufe 1918 seine volle Kraft zur Geltung bringen könne. Die höchsten Staatsbeamten geben den stärksten Zweifeln darüber Ausdruck, daß die Regierung ihr Versprechen, im Laufe des Sommers eine Million Soldaten in Frankreich zu haben, halten könne. Die britische Armee sei nach der Aussage unzweifelhafter Autoritäten gefährlich knapp an Lebensmitteln und auch die französischen und italienischen Armeen besäßen nur so geringe Reserven, daß Aengstlichkeit herrsche. Eine andere Autorität erklärte: Die Lage der Alliierten sei ungeheuer ernst. Der Artillerie-Bestand ist so mangelhaft, daß die Durchführung einer längeren Offensive ausgeschlossen erscheint. England und Frankreich sind infolge der Heereslieferungen an Italien und Amerika nicht in der Lage gewesen, ihre eigenen Bestände genügend aufzufrischen. Amerika beginnt einzusehen, welch kleine Rolle nur es für viele kommende Monate auf dem Kampfplatze spielen kann. Die englische Armee allein verliert monatlich 70—80 000 Mann an Toten und Verwundeten und die Vereinigten Staaten sind für lange Zeit nicht einmal in der Lage, diese Ausfälle zu ersetzen.

Die Lage im Osten.

Die Lage in der Mandschurei.

Petersburg, 19. Febr. (W.T.B.) Pet. Tel.-Ag. Das Gerücht, wonach die Sowjets eine Abteilung von 2000 Freiwilligen in Irkutsk gebildet hätten, die sich aus militärischen Gefangenen in russischen Uniformen zusammensetzen und mit chinesischen Truppen in der Mandschurei ein Gefecht gehabt haben sollen, wird von den erwähnten Sowjets für vollkommen unwahr erklärt. Alle Abteilungen haben zusammen mit den Sowjets von Charbin die Mandschurei geräumt. Die Mandschurei ist ein Lager der Gegenrevolutionäre, die sich auf chinesische Bajonette stützen. Infolge eines übelwollenden Gerüchtes neigt die chinesische Bevölkerung dazu, die japanische Verwaltung von Tsingtau als eine Besetzung zu betrachten. Die japanische Presse bestätigt, daß die Japaner entschlossen sind, das Gebiet nach dem Kriege den Chinesen zurückzugeben. Die Verwaltung von Tsingtau verfolgt den Zweck, die Lage der Eingeborenen zu fördern.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 22. Februar. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Artillerie- und Minenwerfertätigkeit. Kleinere Erkundungsgefechte. An der Bahn Ypern-Roulers wurde eine englische Feldwache überrumpelt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

In Esthland wurde Hapsal genommen. Das 1. Esthen-Regiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Livland stießen unsere Kolonnen über Ronneburg-Wolmar und Spandau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Rjezyca eingerückt. Von dort stießen sie bis Ljuzyn vor. Minsk wurde besetzt.

Heeresgruppe Linsingen.

Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampf wurden Fortschritte erzielt. In Nowogradwolynsk haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen.

Andere Kolonnen marschieren auf Dubno.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Die Kehrseite des freien Rußlands.

Berlin, 21. Febr. (W.T.B.) Ein deutscher Unterarzt, Dr. Stitze, der lange in russischer Gefangenschaft war und zurückgekehrt ist, gibt unter Eid u. a. folgendes zu Protokoll: „Es war ein entsetzlicher Anblick, die durch die lange Bahnfahrt bei über 30 Grad R. Kälte heruntergekommenen, verdreckten und verlausten Gestalten zu sehen. Ueber und über mit Geschwüren bedeckt, mit erfrorenen Zehen, Fingern, Nasen und Ohren, standen sie da. Bei einer Garnison von etwa 1000 Mann standen für 3000 Kriegsgefangene nur 16 Betten zur Verfügung, und diese waren meist von Russen belegt. Nur die sehr schwer Erkrankten wurden in das Lazarett nach Tschita übergeführt. Die Ueberführung dorthin, zunächst 4 Kilometer Fahrt zur Bahn in offenen Bretterwagen ohne Stroh bei 30 bis 50 Grad Kälte und dann 24stündige Eisenbahnfahrt bei ungenügender Verpflegung, hatte oft den von den Russen erhofften Erfolg. Der Patient starb. Selbst, wenn man das Schlimmste in Betracht zieht, die Hilflosigkeit gegenüber den Wütereien bolschewistischer Horden, so ist es gleichwohl klar, daß die letzten Ansätze zu einer noch so primitiven Organisation in der gegenwärtigen Anarchie untergangen sind und daß unsere Kriegsgefangenen das Aeußerste gewärtigen müssen, wenn das Vaterland ihnen nicht Hilfe bringt.

Das kirchenfeindliche Treiben der Bolschewiki.

Stockholm, 21. Febr. (T.U.) In St. Petersburg sollte der zu einer allgemeinen Besprechung zusammenberufene Heilige Synod seine Sitzungen beginnen. Zu dem Synod waren mehrere hundert Popen, Bischöfe und Erzbischöfe sowie auch der Patriarch Tichomir aus Moskau gekommen. Als die Geistlichkeit sich zur ersten Besprechung versammeln wollte, wurde sie von der Roten Garde auseinandergetrieben, unter dem Vorwand, daß die Geistlichkeit für die Revolution überflüssig sei und nur für sie gefährliche Beschlüsse fassen würde.

Entente-Offiziere in den ukrainischen Kämpfen.

Stockholm, 21. Febr. (W.T.B.) Die Petersburger Isvestija meldet vom 17. Februar: Bei den Kämpfen um Kiew nahmen auf der Seite der ukrainischen Rada französische, englische und rumänische Offiziere sowie Flieger teil.

England sucht sein Süppchen am polnisch-ukrainischen Feuer zu kochen.

Amsterdam, 21. Febr. (K. B.) Reuter meldet: Graf Stanislaus Sobanski empfing vom Ministerium des Aeußern ein Schreiben, worin Minister Balfour ihm als dem Vertreter des polnischen Nationalkomitees in London mitteilt, daß die britische Regierung ihren Agenten in Kiew angewiesen habe, zu erklären, daß sie den unlängst zwischen der Ukraine und den Mittelmächten geschlossenen Frieden nicht anerkenne und daß Großbritannien keinen Frieden anerkennen werde, bei dem Polen in Frage kommt, ohne daß man dieses Land vorher gefragt habe.

(Wer die Methoden der britischen Politik kennt, kann nicht erstaunt sein, daß Großbritannien auch hier wieder im Trüben zu fischen und die ungerechtfertigte Erregung der Polen für seine Zwecke der Völkerverhetzung zu mißbrauchen sucht. Jedenfalls aber wird sich, wie zu erwarten steht, die Ukraine, die das Ränkespiel des Londoner Kabinetts schon in den ersten Tagen ihrer staatlichen Wiedergeburt kennen lernt, die unfreundliche Haltung Englands zur Warnung dienen lassen.)

Schweden und Finnland.

Stockholm, 21. Febr. (W.T.B.) Svenska Telegram-Byran. Der finnische Gesandte von Grichenberg hat, einer Pressemeldung zufolge, gestern an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, Schweden möge in Finnland einschreiten. Das Gerücht, daß auch der englische und der französische Gesandte im Namen ihrer Regierungen die schwedische Regierung aufgefordert hätten, Finnland zu helfen, wurde vom Ministerpräsidenten in der gestrigen Abendsitzung der Kammer bestimmt für unrichtig erklärt.

* * *

Stockholm, 21. Febr. (W.T.B.) Aus Finnland erfahren Dagens Nyheter, der amerikanische Konsul in Helsingfors habe Tokoi erklärt, die Wiederherstellung der Ordnung und die völlige Sicherheit der Ausländer bildeten die Voraussetzung, unter der die Vereinigten Staaten an der Lebensmitteleinfuhr nach Finnland teilnehmen könnten. — Nach Stockholms Dagbladet nähern sich weiße Gardisten Wyborg.

Rußland und Rumänien.

Petersburg, 21. Febr. (W.T.B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der rumänische Generalstab hat als Abgesandten Obersten Rodalesk und Hauptmann Kedere abgeschickt, um einen Waffenstillstand bis zum 1. März zu erbitten, und die Friedensbedingungen anhören zu können, die von dem Präsidenten der französischen Mission, Hauptmann Reichsdamer, angeblich angeboten worden sind. Es stellte sich jedoch heraus, daß Hauptmann Reichsdamer keine Vollmachten hatte, vielmehr lediglich beauftragt war, eine russisch-rumänische Kommission zu bilden zu dem Zwecke, den Stand der Dinge aufzuklären. Wir sind der Ansicht, daß Hauptmann Reichsdamer und Oberst Rodalesk uns in einen gemäß dem Völkerrecht zulässigen Irrtum geführt haben. Unsere revolutionäre Würde gebietet uns jedoch, den Waffenstillstand bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt innezuhalten, wobei wir uns an die festgesetzten Bedingungen halten, nach denen die Feindseligkeiten eingestellt werden. Wir behalten uns jedoch gegenseitig das Recht vor, Truppen zu verschieben und zusammenzuziehen. Gleichzeitig haben wir ein Ultimatum abgesandt, in dem wir der rumänischen Regierung eine Frist bis übermorgen früh zur Annahme folgender Bedingungen geben: Sofortige Räumung Bessarabiens von rumänischen Truppen und gegenrevolutionären Elementen, die unter Führung Tscherbatschews dorthin gebracht worden sind, unverzügliche Rückerstattung der beschlagnahmten, Rußland gehörigen und sich auf bessarabischem Gebiet befindenden Güter. Freier Durchzug für die russischen Truppen auf rumänischem Gebiet nach Rußland, Auslieferung General Tscherbatschews, der von den Sowjets für vogelfrei erklärt ist, Auslieferung der Schuldigen an der Ermordung des Kameraden Rechal und an dem Tode der 14 in Ismail erschossenen russischen Soldaten und Matrosen des Sowjets. Wir machen die rumänischen Reaktionäre darauf aufmerksam, daß am 1. April 5 Uhr morgens die Feindseligkeiten zur Verteidigung der russischen Revolution wieder beginnen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. **Karlsruhe**, 22. Febr. 1918.

Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. v. Bodman und Kommissare.

Präsident **Kopf** eröffnet die 20. Sitzung um 9 Uhr 10 Minuten.

Kurze Anfrage.

Abg. **Rohrhurst** (natl.) verliest die Anfrage seiner Partei betr. die private Versicherung der durch die staatliche Versicherung nicht gedeckten Gebäudewerte. Es wird als ungerecht empfunden, daß es verboten ist, die freibleibende Differenz durch eine Versicherungsgesellschaft decken zu lassen. Derjenige, welcher das Unglück eines Brandes hat, ist infolge dieses nicht in allen Bundesstaaten bestehenden Verbotes zu einem unersetzlichen Verluste verurteilt.

Schriftführer **Müller**-Weinheim verliest die Antwort der Regierung, in der es heißt: „Wenn Kreise mit großen Risiken die Frage stellen, wie sie sich vor Verlusten schützen können, welche sie trotz der erwähnten Kriegszuschlägen (20%) treffen könnten, so kann darauf hingewiesen werden, daß nach dem bestehenden Gebäudeversicherungsgesetz jeder Gebäudeeigentümer bei Vornahme von Wertserhöhungen oder Verbesserungen von nur 200 Mk. gemäß §§ 21 und 23 die Möglichkeit hat, die Neueinschätzung seiner Gebäude mit sofortiger Wirkung nach den jetzigen Preisen herbeizuführen. Eine Erhöhung der Kriegszuschläge findet ihre unüberschreitbare Grenze in der notwendigen Zurückhaltung bei der Festsetzung der Umlage, wie sie durch die Lage der Hausbesitzer gebieterisch gefordert wird. Dieser Umstand ist auch in der Regierungsbegründung zum Gesetzentwurf über die Kriegszuschläge und im Kommissionsbericht der Ersten Kammer verschiedentlich hervorgehoben worden. Würde man den Zuschlag etwa auf 30 Prozent erhöhen, so würde dies die Umlage um fast ein Drittel steigern. Bei einem weniger günstigen Jahresabschluß — und solche sind nach dem Kriege mit aller Bestimmtheit zu erwarten — würde eine solche Erhöhung der Umlage von den ohnehin in schwieriger Lage befindlichen Hausbesitzern als unbillig und drückend empfunden werden."

Hierauf wird die Beratung des

Voranschlags des Ministeriums des Innern

fortgesetzt.

Abg. **Spang** (Ztr.): Der Berichterstatter hat von den Phantasielöhnen gesprochen, die durchaus nicht so selten sind, die auch vielfach von der Militärverwaltung bezahlt werden; man weiß davon auch im Elsaß. Der Sparzwang müßte eingreifen. Wer nicht spart, muß dazu gezwungen werden. Es geht nicht an, daß man heute die hohen Löhne einfach verbraucht und dann den Staat als melkende Kuh betrachtet. (Beifall.) Es war auch die Rede von den Hungerlöhnen in der Bürstenindustrie. Er kenne diese Industrie. Die gerügten Löhne von 1.30 Mk. bis 2.60 Mk. sind aber noch nicht die niedersten. Es gibt Arbeitgeber, deren Heimarbeiter bei großer Anstrengung im Tag nicht mehr als 1 Mk. verdienen. (Hört! hört!) Da müßte eingeschritten werden. Niederbühl sagte, daß die Handwerkerorganisation bei uns am besten stehe. Das trifft vielleicht zu bezüglich der Zahl der Organisationen, aber nicht bezüglich der Leistungen. Da scheinen die bayerischen Organisationen doch weiter voran zu sein. Mit schönen Reden ist hier nichts getan. Die Landwirtschaft hat großes geleistet. Man muß sich nur wundern, daß sie so viel leisten konnte bei der Dezimierung der Arbeitskräfte. Wir haben durch die Zollpolitik unsere Landwirtschaft gestärkt. Ohne sie wäre uns ein Durchhalten nicht möglich gewesen. Muser sagte: Man habe doch nicht wissen können, daß England so handeln würde. Es gehörte aber keine große Prophetengabe dazu, um zu erkennen, daß Eduard VII. den Ring immer enger um uns schloß, und daß er beabsichtigte, uns möglichst unblutig zu einem Hungerfrieden zu zwingen. Beunruhigung ist in weite landwirtschaftliche Kreise getragen worden durch die Erörterung einer Zollunion mit Oesterreich. Unsere Großindustrie würde dabei natürlich zuerst für sich sorgen auf Kosten der Landwirtschaft und da wären wir im Süden die Geschädigten. Deshalb solle die Regierung bei Verhandlungen über die Zollunion die Interessen der süddeutschen Landwirtschaft wahrnehmen. Nach dem Krieg muß jeder Quadratmeter Land ausgenützt werden. Die Industrie schädigt die Landwirtschaft. Im Rauch der Kamine befindet sich Schwefel, der die Pflanzen in ihrem Wachstum schädigt. Der Geldschaden wird heute auf 126 Millionen geschätzt, und er wird bei weiterer Industrialisierung bis 1925 auf 300 Millionen steigen. Die Landwirtschaft hat Geldgewinne gemacht, sie muß aber nach dem Kriege große Aufwendungen machen. Die Pferde haben alle möglichen Gaulsmängel, zur Jungviehzucht fehlen die nötigen Futtermittel. Es wird 6—8 Jahre dauern, bis der Ausgleich wieder hergestellt ist u. der Bauer wird dabei keine Einnahmen haben, weil er seine Bestände ansammeln muß. Bei den Schweinen wird's ja wohl rascher gehen. Der Landwirt behilft sich heute mit seinem schlechten Wagenmaterial. Wenn die vielen Fahrzeuge aus dem Kriege zurückkommen, dann betraue man mit der Verteilung nicht den alles verteuernden Zwischenhandel, sondern jene Kreise, die sich immer für die Landwirtschaft betätigt haben. Im Bezirk St. Blasien sind Güter völlig entvölkert worden. Wenn die Bahn einmal gebaut ist, werden sie wieder begehrter. Dann soll die Regierung daran denken, sie an Kriegsteilnehmer abzugeben. Der Gewinn der Landwirtschaftskammer ist sehr gering; aber ich muß sagen, daß die von ihr gegebene Belehrung vielen Zweifeln begegnete. Ich verstehe aber nicht, warum die Landwirtschaftskammer mit ihren Gewinnen eine solche Heimlichtuerei betreibt, sie hat ihren Gewinn doch ebensogut verdient, wie die Gebrüder Wertheimer ihre 60 000 Mark bei der Viehbelieferung. Es stecke in der Rechnung der letzteren jedenfalls so viel, daß unter die Mitglieder des Hauses verteilt, für jeden ein ansehnliches Stück abfallen würde. Der Gewinn der beiden Herren liegt darin, daß sie die Bauern bis zu 8 Monaten auf die Auszahlung warten lassen, während sie selbst keinen Gewinnverlust haben. Die Regierung soll dafür sorgen, daß sie die Viehlieferung in die Hand bekommt; in Bayern haben die Genossenschaften die Viehlieferung in Händen. Die Regierung müsse auch dafür sorgen, daß nach dem Kriege unsere Zuchtviehbestände im Simmental ergänzt werden. Bayern scheint uns auch da voran zu sein. Wir müssen darauf achten, daß Baden hier nicht zurückkommt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Geck** (U. Soz.) befaßt sich zunächst mit der schlimmen Lage der Handwerker, von denen mancher im Kriege zum Arbeiter wird. Die Zeitbeschränkung der Müllerei wirke im Schwarzwald nachteilig auf das Mahlprodukt und die Bäckerei. Den Tiefstand der Ausführungen Strobels könne er nicht erreichen. Hier sei nicht der Ort, um sich mit ihm darüber auseinanderzusetzen; es werde dies einmal im Kreise der Familie geschehen, und es werde, wenn einmal die Leute vom Schützengraben zurück und die Fesseln des Kriegszustandes gefallen sind, wahrscheinlich anders ausfallen, als Strobel denke. Strobel spreche von der anderen Richtung der Sozialdemokratie, als wären es nur ein paar Dutzend. Er täuscht sich. Die Zahl der organisierten Unabhängigen habe in Mannheim bereits die der anderen überschritten und ähnlich ists im übrigen Land. Bei dem Demonstrationsstreik sind 22 000 angetreten. (Zu Geiß gewendet.) Gehören die zu uns oder zu Euch? (Abg. Geiß: Unabhängige!) Hartmann hat gesagt: zum Zentrum gehören sie nicht. Am Ende gehörten sie zur alten Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Und da kommt man und steht hin und sagt mit Petrus im Vorhof: Ich kenne diesen Menschen nicht. Ich wasche meine Hände in Unschuld! (Abg. Dr. Schofer: Bibel schlecht!) Da kommt man mit dem Märchen von den ausländischen Millionen! Die Arbeiter haben gestreikt, um dem Beispiel Oesterreichs zu folgen. Aber in Oesterreich hat man die Teilnehmer an dem großartig verlaufenen Streik nicht vor's Kriegsgericht gestellt wie in Deutschland. (Abg. Dr. Koch: Weil sie dort zu schlapp sind!) Sie waren ja auch nicht zu schlapp beim Sozialistengesetz und danken es der Sozialdemokratie, daß sie nicht zu schlapp war, dagegen Sturm zu laufen. Strobel hat gemeint, man solle nicht mit Kanonen nach Spatzen schießen. Mit den Spatzen meinte er natürlich die Radikalen, die ihm nur Bolschewiki sind. Redner befaßt sich mit der Unterredung des Prinzen Max mit dem Direktor Dr. Mandler, in welcher er den Streikenden unpatriotische Motive unterlegte. Revolutionen werden nicht mit Rosenwasser gemacht. Auch in der französischen Revolution und bei der Ausbreitung des Christentums sind Ströme Blutes geflossen, ebenso in der Reformation. (Zurufe aus dem Zentrum.) Redner rühmt den Friedenswillen der Bolschewisten und ihr Programm. Die freien und konfessionellen Gewerkschaften (Dr. Schofer: Beweis?) haben wie die Hirsch-Duncker gestreikt. (Zuruf im Zentrum: Nicht aus politischen Gründen!) Ist es nicht etwas höheres, einmal für die Freiheit die Arbeit niederzulegen? Wir befinden uns im Einklang mit Dr. L. Frank, der zur Erringung der Demokratisierung Deutschlands den Massenstreik verlangte. Und wann sind wir weiter von der Demokratisierung entfernt gewesen als heute!

Abg. **Fischer** (R. B.): Die Hauptsache, die heute zu besprechen ist, sind doch die wirtschaftlichen Fragen. Er wolle sich kurz fassen und schließe sich Spang an. Die Leistungen der Landwirtschaft werden vielfach aner-

lernt; insbesondere der Landwirtsfrauen und -Kinder. Es gebe auch andere, die den Bauernstand heruntersetzen. Ein Finanzkommissär hat das getan und gesagt, die Bauern bekämen nicht genug. Es wäre am besten, einen solchen Herrn einmal zu raten, er solle selbst ein landwirtschaftliches Grundstück betreiben. Die Landwirtschaft werde zu viel verbiert, insbesondere im Bezirk Offenburg. Nicht mit Vorschriften allein, sondern mit Entgegenkommen fördert man die Versorgung. Die Industrieprodukte, die zum Teil bis 1000 Prozent teurer sind, sollten auch einen Höchstpreis erhalten. Der Landwirt begnüge sich mit einem Aufschlag von 10—20 Prozent. Wir stehen vor der Frühjahrsbestellung, einer wichtigen Sache für das deutsche Reich. Man dürfe nicht sagen, daß die Kartoffeln im nächsten Jahr wohl um 1 Mark billiger seien; man soll im Gegenteil Prämien gewähren. Die Hauptsache sei, daß man überhaupt Kartoffeln bekomme. Verlangt man von der Landwirtschaft, daß sie die Bevölkerung mit Fett und Fleisch versorge, so kann man es nicht billigen, daß der Schweinemassenmord angeordnet werde. (Abg. Martin: Sehr richtig!) Es werden kleine Schweine zwangsweise abgesetzt mit 50 Mark Verlust am Ankaufspreis. Das führe dazu, daß die Schweine überhaupt verschwinden. Redner beklagt die Heiraten von Bauerntöchtern in die Stadt und die Verluste, die die Landwirtschaft an intelligenten Kräften durch das Studium erleide. Daß der Streik ein Einfall in den Rücken unserer Soldaten war, ist nicht zu bezweifeln.

Abg. Belzer (Ztr.): Der Begriff Arbeiterfürsorge und Arbeiterschutz ist so ziemlich aus den Betrieben geschwunden infolge der Gewinnsucht. Man muß alle Kräfte zusammenfassen, aber da soll man auch haushälterisch mit diesen Kräften umgehen. Zu bedauern ist es, daß Frauen und Mädchen selbst zu schweren Diensten herangezogen wurden. Die Beaufsichtigung der Arbeit von Frauen und Jugendlichen muß heute schon Sache der Gewerbeaufsicht sein. Auch die Depots der Militärverwaltung sind nicht immer von sozialen Gesichtspunkten geleitet. In Rastatt sind mehrere Mädchen gestorben, die im Artilleriedepot mit dem Putzen von Geschossen beschäftigt waren. Wenn die weibliche Jugend überanstrengt und körperlich geschädigt wird, dann helfen auch die Maßnahmen zur Verhütung der Säuglingssterblichkeit nichts. Redner rügt das Zigarettenrauchen der Jugend. Der Sparzwang für die Jugend läge im Interesse des ganzen Volkes. Er sei auch der Meinung, daß man die Kriegsgewinner beaufsichtigen sollte. Strobel soll aber einmal sagen, wie das geschehen kann. Die durchgehende Arbeitszeit sei wohl nicht möglich, aber er empfehle den freien Samstag-Nachmittag. Für die heimkehrenden Handwerker, die keinen Rohstoff und keine Kundschaft mehr haben, muß von der Regierung alles geschehen. Wir haben gesehen, daß die Zollschutzpolitik für die Landwirtschaft keine verderbliche war. Sie hat uns vor der Auskungerung geschützt. Die Sozialdemokratie hat sonst immer den Kommunismus gewünscht; im Kriege haben wir ihn bekommen und heute will niemand etwas von ihm wissen, noch viel weniger von dem in Rußland. Die Regierung sollte für die Versorgung mit Dünger- und Streumitteln bedacht sein. Die Leute sollen Stroh abgeben. Da ist es nötig, daß man ihnen auch Streumittel gewährt. Unser einheimischer alter Weinbau hat versagt. Daneben hat die Amerikanerrebe einen großen Ertrag abgeworfen. Wir sind froh, daß wir wenigstens diesen Ertrag haben. Die Regierung möchte im Bundesrat für die Aufhebung des Verbotes der Amerikanerrebe eintreten. Den Streik hat Hartmann eine kapitale Dummheit genannt. Tatsache ist, daß unsere Feinde daraus eine große Kriegsbegeisterung gezogen haben. (Sehr richtig!) Und wenn der Krieg verlängert wird, ist's ihre Schuld. (Sehr richtig!) Auch unsere Feinde haben auf der Versailler Konferenz gezeigt, daß sie dieser Meinung sind, daß man nur auf unseren Zusammenbruch zu warten brauche. (Sehr richtig!) Merkwürdig ist, wie Strobel die kapitale Dummheit in Schutz nahm, wie er den Streik von sich wies, aber doch verteidigte. Die Herren waren nicht so harmlos. Sie haben schon einen Arbeiterrat gewählt nach Art der Bolschewiki. Hertling hat immer ein Herz für die Arbeiter gehabt, er weiß auch, daß die Sekretäre, die Gewerkschaftsführer unterhandeln für die Arbeiter. So hat er auch beim Streik die legitimen Arbeitervertreter empfangen; er hat gesagt, mit einem Arbeiterrat habe ich nichts zu tun. (Zuruf: Hat recht gehabt!) Warum haben sich die Unabhängigen von der alten Partei getrennt? Weil diese dem Staate gibt, was er braucht und dagegen wollten sie austreten. Die erste russische Revolution ist von der Sozialdemokratie der ganzen Welt gefeiert worden. Kerenski war ihr Mann! Er wurde dann abgelöst von dem radikaleren Trotzki. (Abg. Rösch: Rom ist auch nicht an einem Tag gebaut worden. Abwarten! Heiterkeit rechts!) So sind die Verhältnisse gekommen, die wir heute alle bedauern und die es nötig machten, daß der Feuerwehrmann auftrat. Geck hat gesagt, es hätten auch christliche Arbeiter gestreikt. Ich glaube das nicht. Sie sind höchstens heimgefahren, weil sie nicht mehr arbeiten konnten. (Zuruf der Soziald.: Das taten auch freie Arbeiter!) Dann bleiben eben nur die Radikalen in Mannheim übrig. Ich glaube und hoffe, daß der Krieg bald zu Ende geht und wir dann wieder besseren Verhältnissen entgegengehen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Schöpflin (N. V.): Bei der Ansiedlung wäre es besser, statt die Großgrundbesitze in Deutschland das bald gewonnene Gebiet in Rußland zu besiedeln. Der Redner erwiderte dem Abg. Muser. Er habe s. Zt. die badische Volkspartei nicht genannt, sondern nur von französischer Demokratie gesprochen. Er verwahre sich dagegen, daß ihm die Ausführungen von anderer Seite geliefert seien. Er sei früher als Kaufmann in Frankreich gewesen und habe aus eigener Anschauung gesprochen. Wenn Geck das Ursprungszeugnis für seine Rede verlange, wolle er ihn in die Bibliothek führen. Muser habe auch viel zitiert. Ob Geck mit den Zitaten, die er ihm zeigen könnte, einverstanden wäre, wisse er nicht. Eines sei ihm genannt: Wer mit 20 Jahren nicht Demokrat ist, hat kein Herz, wer's mit 40 Jahren noch ist, hat keinen Verstand!

Präsident Kopf: Ich nehme an, daß das nicht Mitgliedern des Hauses gilt.

Abg. Schöpflin verneint dies.

Abg. Schell (Ztr.) spricht den Bezirksbeamten des Ministeriums Dank und Anerkennung aus. Hungerlöhne werden bezahlt. Schofer hat sie mit Recht als himmelschreiende Sünde bezeichnet und neben vorsätzlichen Totschlag gestellt. Sie widersprechen dem Geiste Jesu Christi. (Zuruf Rösch!) Ich sage das auch in Versammlungen und von der Kanzel. Das christliche Gewissen ist ein anders als das auf der Straße. Wir billigen den Streik wegen solcher Löhne, nicht aber den innerpolitischen Streik. Man nennt den Streik einen Sympathiestreik! Wem galt diese Sympathie? Den Bolschewiki! (Abg. Geck: Dem Frieden!) Wenn diese Streiks den Abschluß des Friedens mit Rußland auch nur um einen Tag verschoben haben, so waren sie ein Verbrechen am deutschen Volke! Und sie verzögerten ihn um mehr als einen Tag. Er befürchte, daß die Wohnungsfürsorge in der Stadt die Landflucht fördere. Die schwere Arbeit wird das Land behalten. Die Stadt wird mehr Vergnügungen bieten. Es muß alles geschehen, um das Volk auf dem Lande zu erhalten. Das Land erneuert auch das Blut der Stadt. Würde man die Sache untersuchen, so würde man wenige in der Stadt finden, deren Heimat seit Generationen die Stadt gewesen ist. Es soll keine Eifersucht der Städter stattfinden; sie sollen aber der Art und Arbeit der Landbevölkerung gerecht werden. Die Zahl der Brandfälle würde auf dem Lande abnehmen, wenn mehr Blitzableiter vorhanden wären; die Brandversicherungsgebühr sollte für solche Gebäude herabgesetzt werden. Die öffentliche Unsittlichkeit nimmt stark überhand. In einer Buchhandlungsauslage habe er Schriften gesehen mit der Aufschrift: Zweimal beschlagnahmt! Solche Aufschriften sollten verboten sein! Diese Schriften werden sich vielfach an die Jugend. Wir haben gewisse Zeitschriften, die vorher die Zustände in Deutschland nicht genug herunterreißen konnten, jetzt haben sie sich gewandelt, sie sind patriotisch geworden. Nicht geändert hat sich ihr Anzeigenteil, er ist schlimmer geworden und untergräbt unsere Familie. Die Regierung möge sich einmal die Sache ansehen. Die Polizei auf dem Lande werden Aufgaben zugemutet, der sie nicht gewachsen ist. Eine Barmherzige Schwester, die auf dem Lande Butter und Eier für Kranke in der Stadt mitnahm, wurde im Augenblick ihrer Abreise abgefaßt. Dagegen sträubt sich das menschliche Gefühl. Zu bedenken gibt das Sinken der Ehrfurcht vor dem Eigentum! Ein Vergleich der katholischen Kirche in Badenweiler mit der evangelischen fällt sehr zu ungunsten der ersteren aus. Die Regierung möge da für Abhilfe sorgen. Wenn man in der Erziehung die Religion fehlen läßt, ist es, wie wenn im Gewölbe der Schlußstein fehlt. Wenn die Regierung jetzt schon beginnen würde, die Autostraßen herzurichten, würde das die Bevölkerung sehr beruhigen. Die Reinkonalisierung fördert die Regierung zu zaghaft. Das Ministerium des Innern hat im Krieg die Aufgabe, zwischen der Bevölkerung auszugleichen. Wenn der Krieg bald glücklich beendet ist, darf das Ministerium sich ein wohlgerüttelstes Maß des Verdienstes daran zuschreiben. (Beifall.)

Hier wird abgebrochen um 1 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch nachm. 4 Uhr. Kurze Anfrage. Fortsetzung der Etatsberatung. Antrag Muser bezügl. Stimmrecht zur Landwirtschaftskammer.

*

::: Karlsruhe, 21. Febr. Der der 2. Kammer zugegangene Gesetzentwurf über die vorübergehende Zulassung von Ausnahmen von der Vorschrift über die Bierbereitung ist jetzt im Druck erschienen. Der Gesetzentwurf wurde notwendig, da durch die Kriegsverhältnisse eine Einschränkung der Malzverwendung zur Biererzeugung nötig geworden ist. Aus diesem Grund sollen Ausnahmen, wie sie [illegible] Biersteuergesetz vom Jahre 1895 vorsieht, zugelassen werden. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird darauf hingewiesen, daß damit nicht allein der [illegible] Kohlensäure zu dem Einfachbier gewährt wird, sondern, daß das Finanzministerium in die Lage versetzt wird, in all den Fällen, wo noch weiter einschränkende außergewöhnliche und nicht vorauszusehende Ereignisse etwa die Verwendung noch anderer Ersatzstoffe im Interesse der Brauindustrie oder des Bierbedarfs nötig machen sollten, von sich aus jederzeit die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Karlsruhe, 21. Febr. Die Mitglieder der Rechtsstehenden Vereinigung der 2. Kammer haben einen Antrag eingebracht, in welchem sie beantragen, die 2. Kammer wolle die Regierung ersuchen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die auf 1. April 1918 geplante Sommerzeit nicht in Kraft tritt. In dem Antrag heißt es weiter: Die Landwirte können sich nicht nach der Uhr, sondern müssen sich nach der Sonne richten und die Industriearbeiter, die nach auswärts ins Geschäft zu gehen haben, verbrennen bei Einführung der Sommerzeit morgens mehr Licht, als der Fabrikant dadurch erspart. Wer glaubt, in seinem Geschäft im Sommer eine Stunde früher anfangen zu sollen, dem ist ja hierzu Gelegenheit geboten, auch ohne Aenderung der Uhr.

+ Karlsruhe, 21. Febr. In der 2. Kammer hat Abg. Müller-Eppingen (N. Vgg.) eine kurze Anfrage eingebracht, in welcher die Regierung um Auskunft ersucht wird, wann die einmalige Teuerungszulage an die kleinen Beamten und staatlichen Arbeiter ausbezahlt wird. Der Abgeordnete bittet, die Auszahlung möglichst bald, jedenfalls vor dem Konfirmationstag, vorzunehmen.

Auszahlung der Teuerungszulagen an im Feld stehende mittlere Beamte.

♁ Karlsruhe, 22. Febr. In der letzten Sitzung der Kommission für Ernährungsfragen der 2. Kammer wurde, wie wir noch erfahren, bei der Beratung des Titels 1 der Regierungsdenkschrift über die Kriegsmaßnahmen von einem Abgeordneten der Fortschr. Volkspartei darauf hingewiesen, daß zahlreiche Beschwerden von verheirateten mittleren Beamten, die im Felde stehen, vorliegen, dahingehend, daß diese Beamten bei der jetzigen Regelung keine Teuerungszulagen erhalten. Der Vertreter der Regierung erklärte hierauf, daß sich die Regierung bereits mit dieser Frage beschäftigt habe, und daß in den nächsten Tagen eine Abänderung dieser Verordnung zu erwarten sei, wonach die großen Härten beseitigt und auch diejenigen Beamten, die sich jetzt benachteiligt fühlen, die Kriegszulagen aufgrund der neuen Verordnung bekommen würden.

Chronik.

Aus Baden.

Eberbach, 21. Februar. (W.T.B.) Unter dem Vorsitze von Bürgermeister Dr. Weiß veranstaltete hier der Landeswohnungsverein einen Lichtbildervortrag in der vollbesetzten Turnhalle. Der Vortrag von Dr. Bittel aus Karlsruhe über „Volks- und Kriegerheimstätten" wurde von Liedervorträgen des Kriegsgesangvereins und eines Schülerchors unter der Leitung des Hauptlehrers Becker umrahmt. Am Schluß gaben eine Reihe von Rednern für sich und ihre Organisationen, voran Oberamtmann Schmitt, ein Vertreter des Volksbildungsvereins u. a. ihre Zustimmung zu den vaterländischen Zielen des L. W. V., von dem eine Ortsgruppe gegründet wurde. Den Vorsitz der Gründungskommission übernahm Apotheker Dr. Neumayer.

Buchen, 21. Febr. (W.T.B.) Auf Einladung des Bezirksamts und des Bürgermeisteramtes fand hier ein Vortrag von Dr. Bittel vom Landeswohnungsverein in Karlsruhe statt. Oberamtmann Billmaier betonte die Wichtigkeit und großzügigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge in Buchen. Es bildete sich eine Ortsgruppe des L. W. V. unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Weigand, Gewerbelehrers Mengler und Fabrikanten Fatog. Mit Unterstützung der Stadtgemeinde und des Gewerbevereins soll als dringende Aufgabe eine Baugenossenschaft gegründet werden, die die Erstellung von Beamten- und Kleinwohnungen auf teilweise städtischem Gelände zu übernehmen hätte. Die Ortsgruppe des L. W. V. wird vor allem die Vermittelung von Möbeln des „Baubundes" in die Hand nehmen.

Abschlag der Getreidepreise.

Vom 1. März ab tritt ein bedeutender Abschlag der Getreidepreise ein. Die Preise betragen von dieser Zeit ab per 100 Kilogramm für Weizen 20 Mk., Gerste 17 Mk., Hafer 17 Mk., Roggen 18 Mk., Spelz 14 Mk.

Neues Kriegsschuhwerk.

Bis zum 1. Januar 1918 war die Ausführung von Ersatzstoffen dem freien Ermessen der Hersteller überlassen. Infolgedessen sind vielfach weniger haltbare Stoffe verwendet worden, teilweise waren die Ausführungen nicht zweckmäßig und haltbar genug und die Preise übermäßig hoch. Jetzt dürfen Kriegsstiefel nur nach den vom Ueberwachungsausschuß erlassenen Ausführungsvorschriften zu festgesetzten Höchstpreisen hergestellt werden. Die neuen Verkaufspreise sind je nach Größe und Art der Holzsohlen: für Kinder von 9,50 bis 16,50 Mk., für Damen von 14,50 bis 22 Mk. und für Männer von 16,50 bis 24 Mk.

Zehn Fragen.

10. Frage:

Kann man jemand, der seinen Goldschmuck in dieser Stunde der Entscheidung dem Vaterlande nicht darbringt, noch einen vaterlandsliebenden Deutschen nennen?

Nein!

Lokales.

Karlsruhe, 22. Februar 1918.

Max Scheler Vorträge betr. werden wir durch mehrfache Anfragen darauf aufmerksam, daß es manchen Lesern entgangen ist, daß der Bad. Beob. über alle drei Vorträge sofort am nächsten Tag berichtet hat. Der Bericht über den dritten und letzten Vortrag kam unter eigener Ueberschrift auf der vierten Seite der Nr. 80 Abendblatt vom Samstag, 16. Februar. Bei der andauernden Papierknappheit läßt es sich öfters gar nicht vermeiden, daß aus drucktechnischen Rücksichten Artikel und Berichte an ungewöhnlicher Stelle untergebracht werden. Wer aber sucht, wird daher gewöhnlich auch finden. Das große Interesse an den Scheler-Vorträgen, das wir bei unserer Leserschaft bemerken, ist sehr erfreulich.

□ **Die Notlage des Kleinhandels in Zigarren.** Man berichtet uns: In zutreffender Weise wird die Notlage des Kleinhandels in einer Entschließung des Vereins der Mannheimer Zigarren-Spezialisten geschildert, wie sie angesichts der erheblichen Erzeugungseinschränkung und der eingerissenen Mißstände im Geschäft vorliegt, und es wird gleichzeitig der Weg gewiesen, um eine Besserung herbeizuführen. Es heißt in der Entschließung: Die neuerliche Einschränkung der Zigarren- und Rauchtabakherstellung bedeutet eine weitere Existenzbedrohung des regulären Handels, wenn nicht gleichzeitig Mittel und Wege geschaffen werden, daß diesem die von den Heereslieferungen übrig bleibenden Mengen der Erzeugung restlos zugeführt werden. Trotz der Verordnung vom 28. Juni 1917 über den Handel mit Tabakwaren haben sich die Zustände nicht gebessert, denn nach wie vor macht sich der Schleichhandel bemerkbar. Schieber und Kettenhändler entziehen die Ware dem Handel und verteuern sie den Verbrauchern. Es gibt eine Sorte von Herstellern, die ihre Erzeugnisse an den Meistbietenden in geschossenen Posten abgibt, der jedes Verständnis für die Notlage des regulären Handels abgeht und die den Schiebern und Kettenhändlern Vorschub leistet. Ebenso gibt es Hersteller, welche ihren Verpflichtungen gegenüber der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten scheinbar nicht in der vorgeschriebenen Weise nachkommen; die ihre Erzeugungsmengen verschleiern, da sie beim freien Handelhöhere Preise erzielen können. Bei den geringen Erzeugungsmengen müßte jede Befreiung von Heereslieferungen ausgeschaltet sein; selbst der kleinste Hersteller sollte für die Pflichtmengen herangezogen werden. Dadurch würde erreicht, daß diejenigen Hersteller, welche ihren Verpflichtungen gegenüber der Zentrale restlos nachkommen, größere Mengen für den freien Handel zur Verfügung hätten, und der Prozentsatz der Pflichtmengen könnte herabgesetzt werden. Der Verband wolle bei der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten mit dem Sitz in Minden in diesem Sinne vorstellig werden. Ebenso sollte sich der Verband mit den andern Händlerverbänden ins Benehmen setzen, damit dieselben vereint eine Revision der Verordnung über den Handel mit Tabakwaren vom 28. Juni 1917 bei der Regierung beantragen, um das Schieber- und Kettenhandelsunwesen durch schärfere Maßnahmen auszuschalten. Es sollte den Herstellern die Verpflichtung auferlegt werden, beim Verkauf an Großhändler sich zu überzeugen, ob diese die Genehmigung zum Großhandel auf Grund der Verordnung vom 28. Juni 1917 gesetzlich erhalten haben. Dadurch wäre der Schleichhandel Unberufener zu beseitigen.

Politische Nachrichten.

Die preußische Wahlrechtsreform.

Berlin, 21. Febr. (W.T.B.) Im preußischen Wahlrechtsausschuß ist ein Antrag der Nationalliberalen eingelaufen, der die Einführung der Wahlpflicht vorsieht. Die Strafe für Wahlversäumnis soll eine bis fünfzig Mark betragen und gegebenenfalls den dreifachen Steuerbetrag. Ein konservativer Antrag sieht gleichfalls die Einführung der Wahlpflicht vor. Der Minister des Innern bemerkte, daß die Regierung im allgemeinen gegen die Einführung der Wahlpflicht sei. Ein Mitglied des Zentrums sprach sich gegen die Einführung der Wahlpflicht aus, ein freisinniger Abgeordneter wünschte, daß man den Sonntag als Wahltag festlegen solle. Hierauf wurde von dem Ausschuß die Einführung der Wahlpflicht grundsätzlich beschlossen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen, und beide Anträge einem Unterausschuß überwiesen.

Zur Abstimmung über den Ukraine-Friedensvertrag im Hauptausschuß des Reichstags.

Berlin, 22. Febr. Zu der Annahme des Friedensvertrages mit der Ukraine im Hauptausschuß des Reichstages sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Aus der Abstimmung verdienen zwei Momente hervorgehoben und niedriger gehängt zu werden: die Haltung der Polen und die der unabhängigen Sozialdemokraten. Das Fernbleiben der Polen von der Abstimmung ist nach dem Vorgehen ihrer Volksgenossen in Warschau zwar erklärlich, aber keineswegs entschuldbar. Sie haben sich damit außerhalb des deutschen Volkes gestellt und werden ihr Verhalten einst vor der Geschichte zu rechtfertigen haben, die immer noch fein gerechter aber auch strenger Richter gewesen ist. Weit schärfere Verurteilung noch verdient die Haltung der unabhängigen Sozialdemokraten, die in offene Gegnerschaft zu ihren Volksgenossen traten.

Aus der französischen sozialistischen Arbeiterschaft.

t. Genf, 17. Febr. In Limoges fand kürzlich eine von über tausend Personen besuchte Versammlung im Ratshaussaale statt, in welcher die sozialistischen Kammerdeputierten Jean Pavry und B. Maheras referierten über das Thema: „Die Verpreußung Frankreichs", worauf eine Resolution angenommen wurde, die das Erwachen der Arbeitermassen in dem chauvinistisch so verseuchten Frankreich recht drastisch veranschaulicht. Die Resolution protestiert gegen die Umtriebe der reaktionären Parteien, die unter dem Schutze der Clemenceauschen Regierung alle Hebel in Bewegung setzen, um bekannte Republikaner zu diskreditieren und zu entehren, um dadurch die Schuld derer zu verwischen, die vor der Geschichte die zermalmende Verantwortlichkeit für die jämmerliche Lage tragen in die ganz Europa gestürzt worden ist. Die sozialistischen Vertreter im Parlament werden ersucht, der Regierung folgende Forderungen zu stellen: 1. Die sofortige Veröffentlichung aller im Besitze der Regierung befindlichen diplomatischen Dokumente, die sich auf die gegenwärtige Kriegslage des Landes wie aller andern alliierten Länder beziehen, d. h. alle Verträge, Abkommen usw., die vor und nach dem 4. August 1914 abgeschlossen worden sind. 2. Aufnahme von Beziehungen mit dem Rat der Kommissäre des russischen Volkes, als einzige Regierung der russischen Republik. 3. Die Erklärung, daß die Ansichten der Regierung der französischen Republik mit denen des Präsidenten Wilson in den Friedensfragen übereinstimmen. 4. Die Erklärung, daß die französische Regierung bereit ist, mit der russischen und der amerikanischen Republik Verhandlungen über einen allgemeinen und demokratischen Frieden in Brest-Litowsk oder anderswo aufzunehmen. Die Versammelten sprechen ihr Vertrauen der Republik und ihre unverbrüchliche Treue zur Arbeiterinternationalen aus und trennen sich unter dem Rufe: „Hoch lebe der sofortige, gerechte und dauernde Friede!"

Feindliche Flieger über Innsbruck.

Innsbruck, 21. Febr. (W.T.B.) Gestern nachmittag überflogen vier feindliche Flieger, und zwar ein mit Maschinengewehren ausgerüstetes Kampfflugzeug und drei Bombenträger, von Süden kommend die Stadt Innsbruck. Es wurden ungefähr 8 leichtere Bomben im Gewicht von 10 bis 25 Kilogramm abgeworfen, darunter zwei Brandbomben. Sie explodierten und richteten an verschiedenen Stellen der Stadt leichten Sachschaden an. Leider hat der Angriff auch Opfer gefordert. Eine Frau wurde getötet, zwei Personen erheblicher und mehrere leichter verletzt. Das Kampfflugzeug ging bis auf 300 Meter herunter und beschoß aus dieser geringen Höhe zwei glücklicherweise leere Maltheser-Verwundeten-Züge mit Maschinengewehrfeuer, ein Handlung, die von den angeblich für Kultur und Menschlichkeit kämpfenden Feinden, trotz der bekannten, weithin sichtbaren Bezeichnung auf dem Dach solcher Züge, mit dem Erfolg durchgeführt wurde, daß mehrere Geschosse die Dächer der Wagen durchbohrten.

*

Rom, 22. Febr. (W.T.B.) Im Heeresbericht von gestern heißt es u. a.: Längs der Front mäßige Kampftätigkeit und die gewöhnlichen Artilleriekämpfe. — Heute nacht zwischen 7 Uhr abends und 1 Uhr früh überflogen feindliche Flieger unsere Städte und verursachten Beschädigungen an ihren Kunstschätzen und Privateigentum. Padua wurde dreimal mit Bomben belegt. Zahlreiche Bomben wurden auf Vicenza, Mestre, Venedig, Trebaseleghe (nordwestlich von Mestre) abgeworfen. Wir haben einige Menschenleben zu beklagen. Ein feindliches Flugzeug wurde brennend bei Volpago abgeschossen. Gestern früh belegte eines unserer Geschwader den wichtigen Bahnhof von Innsbruck wirksam mit Bomben.

Spart an Gas und Elektrizität.

Handelsteil.

Berlin, 21. Febr. (W.T.B.) Börsenstimmungsbild. Bei etwas lebhafterem Geschäft als an den Vortagen blieb auch heute die feste Grundstimmung an der Börse bestehen und trat in einer weiteren mäßigen Erhöhung der Kurse der Montan- und Schiffahrtsaktien zu Tage. Die feste Grundstimmung präate sich später bei weiter leicht anziehenden Kursen noch weiter aus. Außerdem wurden Bergmann-Aktien und Petroleumwerte zu höheren Kursen umgesetzt. Auf den übrigen Gebieten war das Geschäft bei wenig veränderten Kursen still. Russische Werte setzten unter Bevorzugung von Bankaktien ihre Erholung fort. Die übrigen Rentenwerte lagen unverändert fest.

Luftwärme in Karlsruhe
(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).

21. Febr. mittags 2.26 Uhr 3,6, nachts 9.26 Uhr 2,0; 22. Febr. morgens 7.26 Uhr 2,6.

Höchste Temperatur am 21. Febr. 4,1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 1,8.

Niederschlagsmenge, gemessen am 22. Febr. 7.26 früh 1,3 Millimeter.

Tages-Kalender.

Sonntag, 24. Februar, nachmittags 3 Uhr: Versammlung für die Marienkinder im Elisabethenhaus.

Sendet den B. B. ins Feld.

Theater und Musik.

Städt. Konzerthaus. In der Sondervorstellung von „Glöckchen des Eremiten" im Konzerthaus am Freitag, den 22. d. M., singt Therese Müller-Reichel die Partie der Rose Friquet. — Am Sonntag, den 24. d. M., gastiert im Postillon Franz Schwerdt vom Stadttheater in Bern, welcher als erster Operettentenor für die Sommerspielzeit des Hoftheaters im städtischen Konzerthaus in Aussicht [illegible] ist.